

Selbstverwaltung fordert ordnungspolitische Korrektur

Ärzte, Kassen und Krankenhäuser mahnen eine klare Trennung der Geldströme in der Finanzierung der Gesundheitsversorgung an.

Berlin. Einen deutlichen Schwenk in der ordnungspolitischen Ausrichtung der Finanzierung von Gesundheitspolitik haben Vertreter der Selbstverwaltung angemahnt. Beim „Nationalen Qualitätskongress Gesundheit“ in Berlin betonten am Freitag GKV-Spitzenverbands-Chefin Dr. Doris Pfeiffer, Bundesärztekammerpräsident Dr. Klaus Reinhardt und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft Dr. Gerald Gaß die dringende Notwendigkeit, deutliche Trennlinien zwischen den Finanztöpfen der Krankenkassen und der öffentlichen Hand einzuziehen.

Die Politik müsse klar definieren, welche Aufgaben der Beitragszahler finanzieren müsse und welche der Staat, forderte Pfeiffer.

Staat bedient sich beim Beitragszahler

Es gebe derzeit noch zu viele Stellen, an denen sich der Staat an Beitragsgeld bediene. Pfeiffer nannte als Beispiel die Finanzierung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) aus Kassenbeiträgen, die das Bundessozialgericht bereits als verfassungswidrig erklärt habe.

Die Regelung besteht gleichwohl fort, weil nur das Bundesverfassungsgericht gesetzliche Regelungen für nichtig erklären kann. Gut sei, dass die neue Regierung die Kassen bei der Finanzierung staatlicher Sozialleistungen wie dem Arbeitslosengeld II entlasten wolle, merkte Pfeiffer an.

„Wir brauchen eine Lösung der Investitionsproblematik“, zäumte Gaß das Pferd aus einer anderen Seite auf. Seit Einführung der DRG Anfang des Jahrtausends werde beklagt, dass die von den Ländern nicht ausgeglichenen Anteile an den Investitionskosten der Krankenhäuser über Mengenausweitungen und Einsparungen beim Personal ausgeglichen würden. „Es kann nicht sein, dass der Staat die Krankenhäuser

zwingt, am Personal zu sparen“, wettete Gaß.

Die geplante Reform der Fallpauschalen könne dazu beitragen die Ärzte aus dem „Hamsterrad“ zu holen. Gaß bezog sich auf das Vorhaben der Ampel-Koalition, bislang unnötig stationär erbrachte Leistungen zu ambulantisieren.

Reinhardt prangert Geldverbrennen an

Konkrete Veränderungen forderte auch BÄK-Chef Reinhardt. „Wir machen bislang nur Flickschusterei an der Flickschusterei.“ Es müsse klar benannt sein, was in der Versorgung aus Kassenbeiträgen finanziert werden solle und was von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sei.

Es könne dabei durchaus sein, dass stationäre Strukturen direkt von der öffentlichen Hand bezahlt würden. Gestoppt werden müsse aber, dass in Ballungsgebieten Geld verbrannt werde, um Überkapazitäten aufrecht zu erhalten, sagte Reinhardt. (af)